

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 13.03.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:03 Uhr bis 19:34 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Jürgen Busse	CDU	anwesend ab 17:20 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	anwesend bis 19:30 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	anwesend bis 19:10 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD	vertritt Herrn Dr. Diaby; anwesend bis 18:30 Uhr
Frau Beate Fleischer	FDP	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Renee Fischer	Verwaltung	
Frau Katrin Flint	Verwaltung	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Herr Lutz Müller	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	
Herr Christoph Bernstiel	SKE	
Frau Birgitt Berthold	SKE	anwesend bis 19:20 Uhr
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	anwesend bis 18:25 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	entschuldigt
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	entschuldigt
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Frau Elisabeth Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Frau Krausbeck stellte die ordnungsmäßige Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, gab bekannt, dass der TOP 4.1 - Vorbereitung der Abfallsatzung 2015 - von der TO abgesetzt wird. **Herr Stäglich, Beigeordneter**, begründete dies mit der Nichtfertigkeit der dazugehörigen Beschlussvorlage.

Frau Krausbeck begrüßte Herrn Dr. Dipl.-Biol. Frank Meyer, welcher heute einen Vortrag unter 7.3 halten wird. Sie bat den Ausschuss um Bestätigung des Rederechts für Herrn Dr. Dipl.-Biol. Meyer, welchem der Ausschuss einstimmig zustimmte.

Frau Krausbeck verwies auf zwei Tischvorlagen (Hochwasserschutzbericht 2013 – Darlegung der Zuständigkeiten bzw. Schnittstellen im Hochwasserschutz; Instandsetzung von gesperrten Spielplätzen), die vor der Sitzung ausgeteilt wurden und deren Behandlung unter dem TOP 7 – Mitteilungen erfolgen wird.

Herr Misch, CDU-Fraktion, bat um eine künftige Reduzierung der Tischvorlagen – die fehlende Einlesezeit mache eine Behandlung dessen schwierig. **Herr Stäglich, Beigeordneter**, erklärte die Verwaltung beabsichtigt die Reduzierung der Tischvorlagen; die Tischvorlage gesperrte Spielplätze sei heute als Diskussionsgrundlage zu sehen.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 16.01.2014
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 13.02.2014
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1 Vorbereitung der Abfallsatzungen 2015
Vorlage: V/2014/12545 **abgesetzt**
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM auf Prüfung einer Anpassung der „Verordnung über das Verbrennen pflanzlicher Gartenabfälle“
Vorlage: V/2014/12390
 - 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur zunehmenden Nutzung von E-Bikes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12387

- 5.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e.V. (Vorlage: V/2013/12229)
Vorlage: V/2014/12402
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
 - 7.1 Baumfällliste
 - 7.2 Mitteilung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013; Darlegung der Zuständigkeiten bzw. Schnittstellen im Hochwasserschutz
 - 7.3 Vortrag Herr Dipl.-Biol. Frank Meyer „Das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 in der Stadt Halle: Chancen und Herausforderungen in Umsetzung der Funktionalreform im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege“
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 16.01.2014

Der Niederschrift zum öffentlichen Teil vom 16.01.2014 wurde einstimmig zugestimmt.

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 13.02.2014

Der Niederschrift zum öffentlichen Teil vom 13.02.2014 wurde einstimmig zugestimmt.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Vorbereitung der Abfallsatzungen 2015 Vorlage: V/2014/12545

Der TOP wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt. Eine Behandlung wird in einer späteren Sitzung des Ausschusses folgen mit Vorlage der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass bei der Abfallentsorgung in der Stadt Halle (Saale) ein Identensystem zur Behältererkennung eingeführt wird.
2. Der Stadtrat stimmt zu, dass die Stadtverwaltung als Alternative zur nicht mehr zulässigen „pauschalen“ Halbierung der Restmüllgebühr für die kleinstveranlagten Wohngrundstücke zunächst die Variante „Entsorgung der kleinsten Restmülltonne 60 Liter im 4wöchentlichen Rhythmus“ in den neuen Abfallsatzungen 2015 als zusätzliche Option umsetzt.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Prüfung einer Anpassung der „Verordnung über das Verbrennen pflanzlicher Gartenabfälle“ Vorlage: V/2014/12390

Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin, brachte den Antrag für die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES Forum ein. Ziel des Antrages sei eine Aktualisierung der bestehenden Verordnung, da diese nicht dem aktuellen Stand entspräche. Die Stellungnahme der Verwaltung, in welcher die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen, mit der Begründung die Verordnung aufheben zu wollen, begrüßt die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM. **Frau Dr. Schöps** erklärte, den Antrag zurückziehen zu wollen, wenn die Verwaltung einen Zeithorizont benennt, bis wann die Aufhebung der Verordnung erfolgen wird. **Herr Stäglin, Beigeordneter**, erklärte, dem Stadtrat würde bis Ende Juni die Aufhebung der Verordnung vorliegen. **Frau Dr. Schöps** regte darüber hinaus an, im Amtsblatt und im Internet die Aufhebung der Verordnung der Bevölkerung bekannt zu geben und eine Information zu geben, wie betroffene Bürger mit Feuerbrand bzw. anderen Pflanzenkrankheiten künftig umzugehen haben. **Herr Stäglin** erklärte, dass mit der Einbringung des Antrages eine Kommunikation mit den Bürgern stattfinden wird und die Veröffentlichung der Aufhebung im Amtsblatt bekannt gegeben wird. **Frau Dr. Schöps** zog den Antrag im Namen der Fraktion zurück.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Aktualität der „Verordnung über das Verbrennen pflanzlicher Gartenabfälle“ hinsichtlich der nachfolgend genannten Punkte zu prüfen und ggf. eine überarbeitete Fassung dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen:

1. „Feuerbrand“ als Schadorganismenbefall von Obstgehölzen in die Beispielliste der Ausnahmeregelung für selbständige Verbrennung zu übernehmen
2. die zusätzliche Aufnahme eines Punktes zur Entsorgung von stark gesundheitsschädigenden Pflanzen wie z.B. der Riesen-Bärenklau und das Beifußblättrige Traubenkraut zu erwägen sowie
3. eine Aktualisierung des Namens der zuständigen Behörde in „Amt für Landwirtschaft, Flurerneuerung und Forsten Süd“ sowie eine Aktualisierung der Geldbuße von DM auf Euro vorzunehmen.

zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur zunehmenden Nutzung von E-Bikes in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2014/12387

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., brachte den Antrag ein. Herr Knöchel führte aus, dass die Nutzung von E-Bikes aktueller werde, es könnten neue Probleme für die Stadtplanung entstehen; die in der Begründung des Antrages enthaltene Themenliste sei längst keine vollständige, es gäbe wesentlich mehr Aspekte; man freue sich aber, dass die Verwaltung dem Antrag annimmt. Im Antrag selbst seien umfassende Probleme dargestellt, er fragte den Ausschuss, ob weitere Fragen bestünden. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, begrüßte den Antrag der Fraktion DIE LINKE., sagte aber er sei unzufrieden mit der Stellungnahme der Verwaltung im Hinblick auf die Anpassung des Straßenverkehrs an die Benutzung von E-Bikes. Sonst spricht man immer von verkehrorientiert adäquatem Fahren; die Anpassung sollte „verkehrsmittel-neutral“ durch die Verwaltung erfolgen. **Herr Stäglin, Beigeordneter**, sicherte einen Bericht zur Infrastruktur in Form eines Statusberichtes zu, Unterschiede von Geschwindigkeiten von Radfahrern und E-Bike-Fahrern seien klar. **Herr Misch**,

CDU-Fraktion, bat um Darstellung konkreter Maßnahmen und finanzieller Auswirkungen wie bspw. Errichtung zusätzlicher Lichtsignalanlagen, Radwege etc.. **Herr Stäglin, Beigeordneter**, erklärte, dass eine so präzise Darstellung eine Überfrachtung wäre, mit der Berichterstattung werde keinem Haushaltsbeschluss vorgegriffen. **Herr Koehn, SPD-Fraktion**, wies auf die Verantwortung in jeder Person hin (Diebstahlschutz, Geschwindigkeit etc.) und hält den „Geschwindigkeitswahn“ hinsichtlich des Fahrens von E-Bikes für überzogen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Abstimmung des Antrages.

Zunächst bat Sie die sachkundigen Einwohner um ihr Votum. Diese stimmten dem Antrag zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, ob und wie die Stadt Halle (Saale) auf die zunehmende Nutzung von E-Bikes im Stadtgebiet vorbereitet ist.

zu 5.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e. V. (Vorlage: V/2013/12229) Vorlage: V/2014/12402

Frau Fleischer, FDP-Fraktion, brachte den Antrag ein. Sie sagte, der Antrag sei in Zusammenhang mit dem Antrag Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e.V.(Vorlage: V/2013/12229) zu sehen. Ziel des Antrages sei eine Berichterstattung zum Stand des Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzeptes und die Darstellung der Entwicklung des Projektes „Klimaschutz-Planer“. Die Berichterstattung kann, wie im Antrag aufgeführt aus Zeitgründen nicht bis zum 31.03.2014 erfolgen, daher, sagte sie, sei ein längerer Zeitraum durchaus annehmbar, in dem die Verwaltung dann Bericht erstattet und verdeutlicht, bis wann eine Kündigung der Mitgliedschaft erfolgen kann. Darüber hinaus fragte Frau Fleischer, ob die Verwaltung Szenarien bis 2050 prognostizieren kann. **Herr Stäglin, Beigeordneter**, sagte, eine Berichterstattung kann erst nach Beendigung erfolgen und Szenarien können erst nach der Fortschreibung der Mitgliedschaft erfolgen. Der derzeitige Stadtrat wird sicherlich keine Berichterstattung mehr bekommen. Herr Stäglin sagte, eine Kündigung könne grundsätzlich jedes Jahr erfolgen. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, verwies auf die TO für April und der dortigen Vorstellung des DLZ Klimaschutzes, wo eine Behandlung des heutigen TOP erfolgen könnte. **Frau Fleischer** stimmte der Vertagung des Antrages in die nächste Sitzung des OUA zu.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung zur Vertagung des TOP.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung berichtet bis zum 31.03.2014 im Ausschuss für Ordnung und Umwelt über den aktuellen Stand des Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzeptes und über den Fortschritt des Projektes „Klimaschutz-Planer“.

Die Stadtverwaltung erläutert die statistische Eintrittswahrscheinlichkeit von Szenarien aus diesem Konzept bis 2050.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin, fragte zu Nr. 191 der Baumfällliste, Standort Weinbergcampus Kurth-Mothes Str./Wolfgang-Langenbeck-Str., wo Ersatzpflanzungen vorgesehen sind. **Herr Wagner, Verwaltung**, sagte, dass die Ersatzpflanzung auf irgendeiner Liegenschaft des Landes in Halle erfolgen kann.

Bezüglich der Fällung von Bäumen fragte **Frau Fleischer, FDP-Fraktion**, warum der Baum am Hansering, vor der Post, gefällt wurde. **Herr Rost, Verwaltung**, erklärte, dass dieser Baum von einem holzerstörenden Pilz befallen war und daher trotz bereits erfolgter Rückschnitte jetzt nur noch gefällt werden konnte. **Herr Stäglin, Beigeordneter**, betonte, dass eine Neupflanzung im Stadtbahnprogramm für die Große Steinstraße mit eingeplant werde.

zu 7.2 Mitteilung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013; Darlegung der Zuständigkeiten bzw. Schnittstellen im Hochwasserschutz

Frau Ruhi-Herpertz, Verwaltung, führte in den TOP ein. In der Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 13.02.2014 wurde das Material Hochwasserschutzkonzept der Stadt Halle – Strukturentwurf – Stand Februar 2014 verteilt. Eventuell aufgetretene Fragen könnte Herr Johannemann, Verwaltung, heute beantworten.

Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner, fragte, was unter dem Audit-Verfahren nach DWA Merkblatt M551 zu verstehen sei. **Herr Johannemann, Verwaltung**, erklärte, dass das Audit-Verfahren einer Art Checkliste gleicht; ein Prüfmechanismus, der eine Kopplung zu anderen Themen herstellt; ein sogenanntes Prüfverfahren, welches Auskunft darüber gibt, wie die Kommune aufgestellt ist, welche Maßnahmen bereits getätigt wurden. **Herr Bernstiel** führte weiter aus, dass das Land zuständig sei für den Passendorfer Damm, Gimritzer Damm und die Gerbersaale. Er fragte, ob die Kommune die restlichen Bereiche absichern muss und wer zuständig sei für die neuen Anlagen. **Herr Johannemann** erklärte, dass der Hochwasserschutz klassische Aufgabe des Landes sei; Passendorfer Damm, Gimritzer Damm und Gerbersaale seien aufgrund aktueller Ereignisse auf der Prioritätenliste beim Hochwasserschutzes des Landes. Sollten weitere Bereiche auftreten, die akut vom Hochwasser betroffen sind, müsste die Kommune einen Prüfauftrag an das Land stellen und das Land plant dann weitere Maßnahmen.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, stellte eine Nachfrage zu den Zuständigkeiten: Wenn das Land für den Hochwasserschutz in Bezug auf Dämme etc. verantwortlich sei, sozusagen bei „großen Schutzmaßnahmen“, könnte dann die Stadt eigenständig bei einer „kleineren Schutzmaßnahme“, wie einer mobilen Spundwand, selbstständig tätig werden? **Herr Johannemann, Verwaltung**, bestätigte diese Aussage, untermauerte aber gleichzeitig, dass dafür auch finanzielle Mittel zur Verfügung stehen müssten.

Herr Misch, CDU-Fraktion, fragte bezüglich der Verstärkung/Aufnahme von Schulungseinheiten/Übungseinheiten, welche Maßnahmen geschult werden, was geübt wird und

welche Schulung aufgenommen wird. **Herr Johannemann** sagte, dass diese Frage so nicht detailliert beantwortet werden kann; aufgrund von Stellenumsetzungen fehlen Fachkräfte, neue Schulungen müssten stattfinden; Übungseinheiten finden bspw. bei der Feuerwehr statt. **Herr Stäglin, Beigeordneter**, sagte, die Verwaltung nehme die Frage mit und eine Antwort werde folgen.

Herr Fikentscher, SPD-Fraktion, fragte, ob die Verwaltung wirklich wisse, wie der Hochwasserschutz zu erfolgen hat; im Mai seien Sofortaktionen gestartet worden und zum jetzigen Zeitpunkt scheint die Problematik zu schleifen. **Herr Stäglin, Beigeordneter und Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, entgegnete dem: im Hochwasserschutzkonzept würde das Was geklärt, wie auch der Einklang mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln; im Bezug auf die Brunnengalerie sei man schnell aktiv geworden, weil hier Gelder aus dem Fluthilfefond zur Verfügung standen.

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, fragte, inwieweit eine Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen wird. **Herr Johannemann und Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, sagten eine Öffentlichkeitsbeteiligung zum gegebenen Zeitpunkt zu, der Dialog mit der Bevölkerung wird stattfinden. **Frau Krausbeck** fragte weiter, wie die Bevölkerung Kenntnis von der „Hochwasserschutzfibel“ erhalten werde und dass hier zeitnah eine Einstellung ins Internet erfolgen sollte. **Herr Johannemann** sagte eine Prüfung des Links zu.

Herr Busse, CDU-Fraktion, fragte, ob die eingelagerten Sandsäcke dann auch zur Verfügung stehen. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, sagte, die Sandsäcke seien sicher, trocken und ungezieferfern eingelagert; eine Optimierung der Vorsorge und Automatismen habe man immer im Auge.

Weitere Fragen gab es nicht.

zu 7.3 Vortrag Herr Dipl.-Biol. Frank Meyer „Das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 in der Stadt Halle: Chancen und Herausforderungen in Umsetzung der Funktionalreform im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege“

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung, führte in das Thema ein. Heute soll der Vortrag, wie er im Naturschutzbeirat schon einmal gehalten wurde, den Ausschussmitgliedern vorgestellt werden, um nähere Informationen zum europäischen Schutzgebietssystem Natura 2000 in der Stadt Halle zu geben.

[Der Vortrag wird in Session eingestellt.]

Herr Dr. Dipl.-Biol. Frank Meyer führte in das Thema ein; Kartenmaterial verdeutliche die naturschutzrechtlich geschützten Gebiete Halle.

Als Chance für Halle sehe man die breite Fläche des Naturschutzgebietes, welche kaum einem Bürger bekannt sein mag. Hier kann mehr „Werbung“ für die FFH-Flächen (Flora-Fauna-Habitat) und Vogelschutzgebiete erfolgen. Herausfordernd stelle sich allerdings der Fakt dar, dass das Land mittels Naturschutz-Zuständigkeits-Verordnung die Aufgabe an die Kommune übertragen hat, jedoch ohne jegliche Unterstützung finanzieller Art. Die Kommune müsste jetzt dem Land signalisieren, dass sie dazu nicht in der Lage sei.

zu dem Vortrag ergaben sich folgende Fragen:

Herr Fuchs, sachkundiger Einwohner, fragte, wie die Stadt nun zu Geld kommt, um der Aufgabe gerecht zu werden; um die Schutzgebiete aufrecht zu erhalten. **Herr Meyer** riet, hier solle sich die Stadt „frei schreiben“; es muss ein Brandbrief an das Ministerium ergehen, mit der Signalisierung, dass es der Stadt aufgrund fehlender Zuweisungen für Personal bzw. Finanzen unmöglich ist, die EU-Richtlinie einzuhalten. **Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin**, fragte, wie dazu der aktuelle Stand sei; im Naturschutzbeirat wurde die Problematik auch schon besprochen mit dem Resultat, die Verwaltung wendet sich an den Oberbürgermeister, welcher dann ein Schreiben an das Land aufgibt.

Frau Ruhi-Herpertz, Verwaltung, erklärte, dass im Dezember vereinbart wurde, sich noch zu verständigen. **Herr Stäglin, Beigeordneter**, erklärte, dies mit bei Gesprächen zu „Stadt am Fluss“ zu betrachten. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, sagte indes das „Freischreiben“ sei nicht der richtige Weg; hier sollten rechtliche Schritte eingeleitet werden, da ein verfassungsrechtlicher Verstoß vorliege. **Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner**, fragte Herrn Meyer, ob ein finanzieller Rahmen bekannt sei, welcher zur Erledigung der Aufgabe benötigt würde. **Herr Meyer** sagte, keine seriöse Zahl benennen zu können, es sei von verschiedenen Faktoren abhängig. **Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion** führte aus, dass es kein Einzelfall sei, dass Aufgaben seitens des Landes ohne gleichzeitige Zuweisung von Finanzmittel übertragen werden, hier müsse man das Land hinsichtlich erforderlicher Finanzen für die Bewahrung des Naturreichtums in die Pflicht nehmen. **Frau Ruhi-Herpertz, Verwaltung** bekräftigte, dass es im Zuge der Funktionalreform II, bei der Aufgabenübertragungen ohne Finanzzuweisungen erfolgt sind, intensive Diskussionen dazu gab, jedoch ohne Erfolg. Noch vor Ende der Wahlperiode möchte der Ausschuss das Thema wieder behandeln.

weitere Mitteilung zu gesperrten Spielplätzen:

Das Material wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilt. **Herr Rost, Verwaltung**, verdeutlichte den Ausschussmitgliedern zusätzlich anhand von Bildern, welche Schäden auf den gesperrten Spielplätzen existieren. Am Beispiel des gesperrten „Ursprünge“ Spielplatz am Rosa-Luxemburg-Platz führte Herr Rost aus, dass dieser im großen Umfang von Insektenanflug mit Larvenabwurf befallen ist; eine Erklärung habe man dafür nicht; der Wiederaufbau ist mit Fachfirmen in Planung. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, fragte, ob es noch weitere gesperrte Spielplätze gäbe, welche nicht mit aufgelistet seien; speziell gesperrte Spielplätze aufgrund von Vandalismus. Er fragte insbesondere danach, ob auch für die laufenden Arbeiten und der vorschriftsmäßige Unterhalt aller Spielplätze gewährleistet sei. **Herr Rost, Verwaltung**, antwortete, dass davon auszugehen sei, dass die 345 000 EUR, die dieses Jahr zur Verfügung stehen, eine angemessene Ausstattung seien. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, wies noch einmal darauf hin, dass für die Haushaltsdiskussion es erforderlich sei, dass der Stadtrat wisse, was ist an Mitteln angemeldet und was wird zugebilligt. **Frau Dr. Schöps, sachkundige Einwohnerin**, fragte, ob es Garantiefrieten für Spielplätze gäbe. **Herr Rost, Verwaltung**, sagte dass die Garantiefrist 5 Jahre beträgt; dass aber beispielsweise beim „Ursprünge“-Spielplatz dies nicht greife. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte, ob man über die Presse nicht eine Bekanntgabe machen könnte, dass dieses Frühjahr noch Instandsetzungen erfolgen. **Herr Stäglin, Beigeordneter**, sagte, das bei dem „Ursprünge“- Spielplatz eine Teilfreigabe für den Sommer erfolgen wird; Restinstandhaltungsmaßnahmen werden im Oktober folgen; der Spielplatz „Drachennest“ kann noch nicht frei gegeben werden, hier muss erst eine genaue Ausschreibung erfolgen.

weitere Mitteilungen:

Herr Stäglin, Beigeordneter, informierte über die Veranstaltung „20 Jahre Saale Radwanderweg“, vom 23.06. bis 28.06.2014, welcher von der Quelle bis nach Bad Dürrenberg führen wird. Die MZ-Radpartie am 22.06.2014 wird sich dieser Veranstaltung anschließen und entsprechend eine Route von Halle nach Bad Dürrenberg planen.

Frau Krausbeck, Verwaltung, stellte zur Diskussion, dass zum nächsten Ausschuss für den FDP Antrag zu den Spontanpartys der Kinder-und Jugendbeauftragte eingeladen wird.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

1. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, fragte zum Gebiet Saaleaue „An den Rennbahnwiesen“, wo im erheblichen Umfang Ablagerung von illegalen Müll, wilden Feuerstellen, sowie illegalen Befahren der angrenzenden Gebiete festzustellen ist:

a) Durch wen erfolgen wann welche Kontrollen des Gebietes?

- b) Inwieweit ist es möglich, die Ortschaft Angersdorf oder den Inhaber der Mc-Donalds-Filiale an den Kosten der Beseitigung von illegal abgelagerten Einwegverpackungen, des auf dem Gemeindegebiet Angersdorf befindlichen Unternehmens zu beteiligen? (Bitte Darstellung der Rechtslage und Handlungsoptionen)
- c) Beabsichtigt die Stadt die vormals bestandenen Befahrungshindernisse für die Waldwege zu erneuern? Wenn ja, wann? Wenn nein, wie plant die Stadt das illegale Befahren dieser Bereiche zu unterbinden?
- d) Wurden die Feuerstellen, deren Reste entlang der Straße sichtbar sind, durch die Stadt genehmigt? Wenn ja, durch wen und mit welchen Auflagen? Sofern dort keine Feuerstellen genehmigt wurden, kontrolliert die Stadt oder Polizei dort? Wenn ja, wann erfolgte in den letzten 3 Monaten dort eine Bestreifung? (Bitte auflisten)

2. **Frau Krischok, sachkundige Einwohnerin**, fragte, ob bei der Brandschutzerziehung Mittel von der Sparkasse mitbenutzt werden und wenn ja, inwiefern?

Weiter fragte Sie, ob eine Mitteilung über die aktuelle Wahlvorbereitung erfolgen könnte; wo werden Wahllokale eingerichtet, wo erhalten Bürger Informationen – im Amtsblatt, im Internet? Könnten alle Eingänge bei den Frankeschen Stiftungen geöffnet werden, um längere Anfahrtswege zu umgehen, gerade in Hinblick auf gehbehinderte Menschen?

Frau Lachky, Verwaltung, sagte, dass es in der Vorbereitung zur Bundestagswahl und Kommunalwahl keine Änderungen gibt, die Bürger werden wie bekannt durch Wahlbenachrichtigungsbriefe in Kenntnis gesetzt (Datum, Uhrzeit, Ort, mitzubringende Dokumente, Barrierefreiheit); eine Erhöhung der Anzahl barrierefreier Wahllokale kann leider nicht erfolgen; darüber hinaus gibt es Informationen auch zur Barrierefreiheit auf der Internetseite der Stadt Halle und Anfang Mai wird auch die Seite www.wahllokalsuche.de freigeschaltet. Frau Lachky sagte weiter, dass eine Information zu Anfahrtswegen so nicht gegeben werden kann.

3. **Frau Fleischer, FDP-Fraktion**, fragte, wodurch Ampelabschaltungen an wichtigen Kreuzungen tagsüber in jüngerer Vergangenheit bedingt waren (Beispiele: 05.03.14 Kreuzung Burgstraße/Seebener Straße; 07.03.14 Reileck).

Herr Stäglin, Beigeordneter, sagte, dass es keine programmierte Ausschaltung gab, am Reileck z.B. hatte sich ein Verkehrsunfall ereignet. Zu der Abschaltung Burgstraße / Seebener Straße werde eine Antwort folgen.

4. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, fragte, ob der derzeit vermehrte Ampelausfall aus fehlender Unterhaltung resultiert. Er fragte, was die Verwaltung im Sinne der Unterhaltung tut und ob es stimmt, dass es keine Standardwartungsverträge gibt. Speziell möchte er wissen, ob die Verwaltung die Instandhaltungsmaßnahmen im notwendigen Maße vornimmt.
5. **Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner**, stellte eine Anfrage einer Bürgerinitiative. Er wollte wissen, ob die Verwaltung Maßnahmen plant zur Lärmregulierung, verursacht von Bahn und Autos, im Bereich B 100-Tornau.

Herr Stäglin, Beigeordneter, erklärte, Straßenbaulastträger der B 100 sei das Land; der Faktor Bahn ist eine Bestandssituation im Planfeststellungsverfahren. Es gäbe ein Schreiben diesbezüglich zu einem Bürger, welches die Verwaltung Herrn Bernstiel geschwärzt gern übergeben wird.

6. **Herr Bernstiel, sachkundiger Einwohner**, fragte nach den Genehmigungsverfahren bei „Sprühkreide“. Wie erfolgt diese?

Herr Stäglin, Beigeordneter, sagte, dass zu dem konkreten Fall, wie die MZ berichtet hatte, waren Logos erlaubt, Slogans aber nicht. Die Verwendung von Sprühkreide unterliegt grundsätzlich dem Genehmigungsverfahren. Eine schriftliche Antwort wird folgen.

7. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, fragte, warum Ampelabschaltungen in der Nacht durch die Verwaltung auf Initiative von Bürgerinformationen vorgenommen werden. Warum trifft die Verwaltung hier nicht selber eine Entscheidung?

zu 9 Anregungen

Es wurden keinen Anregungen gegeben.

Die Sitzung des öffentlichen Teils wurde um 19:33 Uhr geschlossen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.03.14

Elisabeth Krausbeck
Ausschussvorsitzende

Katrin Flint
Protokollführerin